

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Datenschutz beim Grünen Pass

eingebraucht im Zuge der Debatte in der 101. Sitzung des Nationalrats über –
TOP 1

Die Novellierung des COVID-19-Maßnahmegesetzes gibt dem BMSGPK weitreichende Verordnungsermächtigungen. So soll der BMSGPK per Verordnung ein System festlegen können, mit dem Nachweise für eine geringe epidemiologische Gefahr einer Person erbracht werden können. Dieses System, medial auch als "Grüner Pass" bezeichnet, soll in weiterer Folge die epidemiologisch unbedenkliche Ausübung zahlreicher Tätigkeiten ermöglichen. In diesem Zusammenhang stellen sich vielschichtige datenschutzrechtliche Fragen, denen bei der Novellierung nicht ausreichend Rechnung getragen wird. Die datenschutzrechtlich hochwertige Umsetzung des "Grünen Pass" ist jedoch essentiell. Auch die Wirtschaftskammer und Datenschützer haben an der Vorgehensweise der Regierung Kritik geübt (<https://orf.at/stories/3211082/>). So forderte etwa der Datenschützer Thomas Lohninger von der NGO epicenter.works die Regelungen über Zutrittsnachweise in Gesetzen, und nicht, wie von der Regierung vorgesehen, in Verordnungen zu regeln.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird dazu aufgefordert, bei der Erstellung jeder Verordnung, die ein Nachweissystem über eine geringe epidemiologische Gefahr regelt, Datenschutzexpert_innen und im Bereich des Datenschutz tätige NGOs beizuziehen."

Handwritten signatures and names of the undersigned members of the National Council:

- ② Hays
- ④ (KAMGREITER)
- ① (LOACKER)
- ③ FIEDLER
- ⑤ (SCHERAK)

